

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1982 – Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage in der kapitalistischen Welt und in vielen Entwicklungsländern hat sich in den letzten Monaten wieder verschlechtert. Stabilisierungshoffnungen in den USA, in Großbritannien und Frankreich wurden enttäuscht, erneut traten deutliche Produktionsrückgänge ein. Dabei ist der Rückfall in den USA als dem wichtigsten kapitalistischen Land von besonderer Bedeutung.

In der Bundesrepublik ist eine fast eineinhalbjährige Stagnationsphase in einen neuen scharfen Produktionsabfall übergegangen. Die zyklische Krise dauert hier nun schon zweieinhalb Jahre und hat – ohne daß aktuell ein Ende absehbar wäre – die Produktion gegenüber dem Vorkrisenstand um elf Prozent gesenkt. Die industrielle Kapazitätsauslastung ist auf 74 Prozent gefallen, sie liegt damit niedriger als im Tiefpunkt der Krise von 1974/75. Die der Produktion vorausseilende Auftragsentwicklung ist noch stärker rückläufig und läßt befürchten, daß der rasche Produktionsrückgang sich zumindest in den nächsten Monaten fortsetzen wird.

Unmittelbare Ursache dieses Rückfalls war das Ende des „Exportbooms“, mit dem sich die BRD im Jahre 1981 auf Kosten der Anteile anderer Länder am Welthandel etwas Luft verschafft hatte.

Diese Entwicklung konnte bei einem insgesamt rückläufigen Welthandel nicht andauern. Da der Exportboom keine positiven Impulse auf den Binnenmarkt hatte, mußten die rezessiven Tendenzen bei der inländischen Nachfrage früher oder später wieder bestimmend werden. Die Senkung der Reallohne, die umfangreichen steuerlichen Entlastungen der Unternehmen und der damit verbundene Sozialabbau haben zwar zu einer Anhebung der Unternehmergewinne geführt, gleichzeitig aber die private Kaufkraft so stark reduziert, daß der Absatzrückgang sich beschleunigen mußte. Daher ist es auch nicht zu der erhofften Belebung der privaten Investitionen gekommen, der Investitionsrückgang hat sich vielmehr ebenfalls verstärkt.

Eine offensichtlichere Widerlegung der „angebotsorientierten“ konservativen Wirt-

schaftstherapie ist kaum denkbar: Dies wird auch mehr oder weniger versteckt eingestanden, allerdings veranlaßt das weder die konservative Wirtschaftswissenschaft noch die staatliche Wirtschaftspolitik zum Umdenken. Nun wird behauptet, den Unternehmen fehle das „Vertrauen“ in die Dauerhaftigkeit der sozialreaktionären Orientierung.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung konnte bruchlos an die Maßnahmen der sozialliberalen Koalition anknüpfen, die meisten Beschlüsse im sozialen Bereich konnten einfach übernommen werden. Die Akzente auf „Investitionsförderung“, d. h. auf die Umverteilung zugunsten der Gewinne der privaten Unternehmen, wurden noch verstärkt.

Gewisse Erleichterungen in der Geldpolitik, eingeleitet in den USA und zögernd nachvollzogen schon vor dem Regierungswechsel, haben nun endlich das Zinsniveau deutlich gesenkt, obwohl es im langfristigen Vergleich und im Verhältnis zur Tiefe der gegenwärtigen Krise noch immer viel zu hoch ist. Zudem ist der Zinssenkungsprozeß im November wieder ins Stocken gekommen. Veranlaßt wurden die Erleichterungsmaßnahmen der Notenbanken durch die labile Situation der Kredit- und Kapitalmärkte, auf denen die Angst vor einem Finanzkrach die Runde zu machen begann.

Konjunkturpolitisch werden an die Lockerung der Geldpolitik große Hoffnungen geknüpft. Ob diese sich auch nur teilweise erfüllen werden, muß jedoch bezweifelt werden: Erfahrungsgemäß können niedrige Zinsen Belebungstendenzen im produzierenden Bereich erleichtern, sie können einen solchen Prozeß aber nicht initiieren.

Auf dem Arbeitsmarkt bereitet sich eine regelrechte Katastrophe vor, im Winter 1982/83 dürfte die Zahl von zweieinhalb Millionen registrierter Arbeitsloser erreicht werden, die Zweimillionenmarke wurde schon im November überschritten. Zum Jahresende 1983 – so wird verschiedentlich befürchtet – könnte die Zahl auf fast drei Millionen ansteigen. Bleibt die Stabilisierung der Konjunktur im Jahresverlauf von 1983 aus, so sind noch ungünstigere Entwicklungen möglich.

Obwohl die Prognosen der Institute und des Sachverständigenrates allgemein von einer gewissen Wirtschaftsbelebung zur Jahresmitte von 1983 ausgehen, ist zur Zeit noch kein Faktor sichtbar, von dem eine solche positive Entwicklung ausgehen könnte. Eine leichte Belebung der Aufträge in der Bauwirtschaft und die gesunkenen Zinsen sind positive Anzeichen, denen jedoch überall weiter nach unten gerichtete Indikatoren gegenüberstehen: Vor allem die kräftige Reduktion der privaten Nachfrage, die Haushaltskürzungen beim Staat, der Rückgang der Kapazitätsauslastung mit seiner Wirkung auf die Investitionen und die anhaltende Krise in der kapitalistischen Weltwirtschaft deuten eher auf anhaltende Abwärtstendenzen hin.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Sozialabbau
- 3.4 Preise
- 3.5 Aktionen der Arbeiterklasse
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Noch im Frühjahr 1982 hatten die bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute eine wirtschaftliche Belebung im Jahresverlauf von 1982 erwartet. Dies war hier (vgl. INFORMATIONEN ... Nr. 2/82) unter Hinweis auf den rückläufigen privaten Verbrauch als wenig wahrscheinlich betrachtet worden, eine Einschätzung, die sich voll bestätigt hat. Vielmehr haben nach dem Auslaufen des Exportbooms von 1981 erneut eindeutig rezessive Kräfte die Oberhand gewonnen, es ist zu einem deutlichen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten gekommen. Das Bruttosozialprodukt (BSP) ist im ersten Halbjahr 1982 wieder zurückgegangen, das niedrige Niveau vom ersten Halbjahr 1981 wurde nicht überschritten.

Bruttosozialprodukt

	Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr nominal	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr real
1981	1543	+4,0	-0,2
1. Hj.	731	+3,1	-0,9
2. Hj.	812	+4,7	+0,5
1982	1603	+4,0	-1,0
1. Hj.	765	+4,7	0,0
2. Hj. ¹	838	+3,0	-2,0

¹ Prognose des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/82, S. 639; DIW-Wochenbericht 43-44/82, S. 548)

Im zweiten Halbjahr 1982 hat sich die Abwärtsbewegung beschleunigt, nach ersten Schätzungen dürfte das BSP um etwa zwei Prozent niedriger liegen als in der gleichen Vorjahreszeit. Noch im Frühjahr war ein Anstieg um ein Prozent erwartet worden.

Der erneute Fehlschlag der Prognosen hat die offiziellen Prognostiker in tiefe Ratlosigkeit gestürzt. Die „Frankfurter Allgemeine“ überschreibt ihren Konjunkturbericht vom November mit „Die große Ratlosigkeit“, und die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute erklären in ihrem „Herbstgutachten“: „Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der akuter Nachfragerückgang mit fundamentaler Wachstumsschwäche zusammentrifft. Es gibt keine Erfahrung, wie sich Investoren und Konsumenten in einem solchen Falle verhalten.“

Die Prognostiker des konservativen Lagers sind deshalb so ratlos, weil die von ihnen früher als Bedingungen für eine Belebung genannten Faktoren sämtlich vorhanden sind, ein Verweis auf unerwartete „äußere“ Einflüsse den Fehlschlag ihrer Voraussagen also nicht erklären kann. Vor allem haben sich die Unternehmergewinne deutlich verbessert, die Leistungsbilanz der Bundesrepublik weist wieder einen Überschuß auf, die Zinsen sind gesunken, die Reallohne sind erheblich zurückgegangen, die Steuerbelastung der Unternehmen wurde gesenkt, im sozialen Bereich erfolgten einschneidende Eingriffe: Nach dem konservativen Motto „Gewinne = Investitionen“ hätte dies eine kräftige Wirtschaftsbelebung erzeugen müssen. Die Folge war jedoch – wie nur allzuoft an dieser Stelle und auch von fortschrittlichen Wirtschaftswissenschaftlern unterstrichen – eine Kumulation von Krisenfaktoren: Jede Maßnahme zur weiteren Untergrabung der privaten Kaufkraft beschleunigte die rückläufige Absatzbewegung und reduzierte damit auch die Investitionen. Der eklatante Fehlschlag der Prognosen ist damit ein Beleg für die Untauglichkeit der Theorie der „Angebotsorientierung“.

1.2 Produktion

Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe fiel nach einer fast einhalb Jahre währenden Stagnationsphase im Frühjahr 1982 deutlich zurück. Bis zuletzt verstärkte sich diese Tendenz, so daß inzwischen das Produktionsniveau von 1977 wieder unterschritten wurde. Im September lag die Produktion um 11 Prozent unter dem Stand von Anfang 1980, dem Höhepunkt vor dem Beginn der neuen zyklischen Krise.

Der rasche Produktionsrückgang hat die wirtschaftliche Aktivität inzwischen deutlich unter das Vorjahresniveau gedrückt. Die gegenwärtige

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1. Vj.	1981				1. Vj.	1982	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.		2. Vj.	3. Vj.	
108	107	108	106	107	106	102	

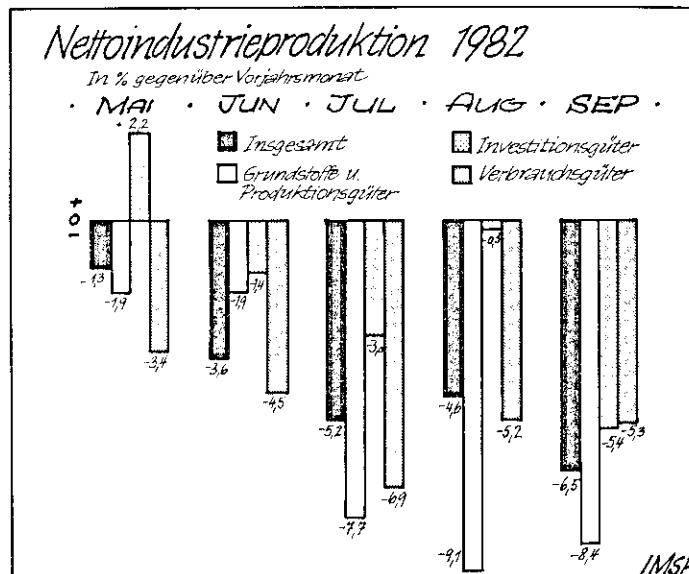
¹ Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Wirtschaftskrise ist nun nicht nur länger, sondern – gemessen am Produktionsrückgang – auch tiefer als die Krise von 1974/75.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Mai	Juni	Juli	August	September
Insgesamt	-1,3	-3,6	-5,0	-4,6	-6,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	-1,9	-1,9	-7,7	-9,1	-8,4
Investitionsgüter	+2,2	-1,4	-3,0	-0,3	-5,4
Verbrauchsgüter	-3,4	-4,5	-6,9	-5,2	-5,3

¹ 1982 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd., S. 65*)



Die Entwicklung der Auftragseingänge, die in der Regel einen gewissen Vorlauf vor der Produktionsentwicklung hat, zeigt noch deutlicher nach unten. Geht man davon aus, daß die Produktion dem Auftragseingang entsprechend folgt, dann ist schon jetzt ein weiterer etwa fünfprozentiger Einbruch programmiert: Im September lag das Volumen der Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe um fast 20 Prozent unter dem Höchststand unmittelbar vor dem Beginn der zyklischen Krise im Jahre 1980. Nur im Krisenjahr 1975 lag der Index der Auftragseingänge volumenmäßig noch etwas niedriger, d. h., der jetzt erreichte Stand der Krise liegt nur noch wenig über dem Tiefpunkt der Krise von 1974/75.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1. Vj.	1981				1. Vj.	1982	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.		2. Vj.	3. Vj.	
107	107	107	106	104	99	96	

¹ Volumen, Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ist das Volumen der Auftragseingänge gegenwärtig fast 12 Prozent gesunken, also ebenfalls viel stärker als die Produktion.

Anzumerken ist, daß die inländischen Investitionsgüterbestellungen weiterhin zurückgehen, irgendein positiver Effekt der verschiedenen Maßnahmen zur Investitionsförderung, insbesondere Auswirkungen der zehnprozentigen Investitionsprämie, nicht zu spüren sind.

Seit Anfang 1982 sind die Auslandsaufträge deutlicher zurückgegangen als die Inlandsaufträge, was als Reaktion auf den Exportboom von

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Mai	-0,7	-6,1	-5,8	-11,7	+1,8	-3,8	+1,6	-2,9
Juni	+2,4	-2,8	-1,8	-7,1	+5,1	-0,6	+2,1	-2,0
Juli	-6,8	-11,3	-10,2	-14,3	-4,3	-9,8	-8,1	-11,5
August	-2,2	-6,7	-4,1	-8,0	-2,6	-8,0	+2,8	-0,1
September	-7,2	-11,5	-5,5	-9,0	-8,6	-13,8	-5,8	-9,0

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

1981 zu werten ist. Wie in vorangegangenen INFORMATIONEN vermutet, war die positive Exportentwicklung des vergangenen Jahres z. T. bestimmt von vorgezogenen Aufträgen, durch die der relativ niedrige Wechselkurs der DM ausgenutzt werden sollte. Es muß unterstrichen werden, daß dies keine „Exportschwäche“ als Krisenursache beinhaltet – nach wie vor ist die internationale Konkurrenzposition der Bundesrepublik günstig. Es zeigt sich lediglich, daß trotz dieser günstigen Voraussetzungen ein dauerhaftes Ausscheren einzelner Länder aus dem rückläufigen Trend von Welthandel und Weltwirtschaft nicht möglich ist.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Mai	-0,3	-3,4	+1,6	0
Juni	+0,6	-0,8	+1,5	+1,1
Juli	-4,4	-8,1	+0,1	-8,7
August	+1,6	-2,5	+4,2	+2,1
September	-8,0	-7,5	-9,3	-6,3
Ausland				
Mai	-1,4	-10,2	+1,8	+8,9
Juni	+5,8	-3,4	+10,3	+6,9
Juli	-10,9	-14,1	-10,2	-4,3
August	-8,7	-7,2	-11,1	+5,7
September	-5,5	-1,4	-7,6	-3,8

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Die Prognosen, die nun für Mitte 1983 eine leichte Wirtschaftsbelebung erwarten, erhoffen sich eine erneute Stabilisierung der Auslandsbestellungen: Dies würde jedoch eine Belebung der Auslandskonjunktur voraussetzen – eine Hoffnung, die durch die Meldungen der letzten Wochen erneut schwer enttäuscht wurde. Auf längere Sicht dagegen ist das Niveau der Auslandsbestellungen immer noch relativ hoch: Zwischen Anfang 1980 und September 1982 gingen – saisonbereinigt – die Inlandsaufträge um fast 25 Prozent, die Auslandsaufträge dagegen nur um etwa 7 Prozent zurück. Die Produktion in den wichtigen Industriebranchen hat sich unterschiedlich entwickelt, allerdings haben sich überall die Abschwächungstendenzen verstärkt. Nur wenige Bereiche, so der EDV-Sektor, sind davon ausgenommen.

In der **eisenschaffenden Industrie** hat sich die seit 1975 anhaltende Branchenkrise erneut verschärft, Hoffnungen auf eine gewisse Stabilisierung der Produktion haben sich nicht erfüllt. Im dritten Vierteljahr 1982 entsprach das Produktionsniveau – saisonbereinigt – nur noch 70 Prozent des Standes von 1981. In den ersten neun Monaten wurde etwa acht Prozent weniger Rohstahl und neun Prozent weniger Walzstahl erzeugt. Für das ganze Jahr 1982 wird die Produktion auf etwa 37 Millionen Tonnen Rohstahl geschätzt, nach 41,6 Millionen Tonnen 1981. Am schlimmsten ist die Situation in den USA: Dort ging die Stahlproduktion in den ersten acht Monaten von 1982 um fast 40 Prozent zurück, die Kapazitätsauslastung liegt dort bei 38 Prozent. Angesichts dieses gewaltigen Absatzdrucks wird es immer schwieriger, die staatlich abgesicherten Preiserhöhungen durchzusetzen, die Verstöße gegen Produktionsquoten und Preisabsprachen durch einzelne Anbieter häufen sich. Allerdings bleibt festzuhalten, daß das Stahlpreisniveau gegenwärtig immer noch um mehr als zehn Prozent über dem Vorjahresniveau liegt.

In der **chemischen Industrie** haben die Abwärtskräfte inzwischen eindeutig die Oberhand gewonnen. Die Produktion liegt zur Zeit um mehr als sieben Prozent unter dem Vorjahresniveau. Allerdings ist – dank einer expansiven Preispolitik – immer noch ein leichtes Umsatzwachstum zu registrieren. Besonderer Krisenbereich ist nach wie vor der Fasersektor, während im Kunststoffbereich der Kapazitätsabbau erst am Anfang steht. Hier ist auch eine Tendenz zur Produktionsverlagerung in OPEC-Länder zu registrieren.

Deutlich rückläufige Produktionsziffern meldet auch der **Maschinenbau**. Im September lagen hier die Aufträge real um fast ein Viertel unter dem Vorjahresniveau. Hoffnungen gründen sich vor allem auf eine erneute Belebung der Auslandsaufträge – eine Entwicklung, die angesichts der Lage der Weltwirtschaft wenig wahrscheinlich ist.

Differenziert ist die Lage in der **Elektroindustrie**, eine Branche, die bisher insgesamt noch am besten abgeschnitten hat. In den ersten neun Monaten konnte hier noch ein zweiprozentiger Produktionsanstieg registriert werden, Folge der hohen Auslandsaufträge. Für das zweite Halbjahr zeichnen sich jedoch auch hier Auftragsrückgänge ab. Expandierend bleibt die Datentechnik, hier sind Produktionszuwachs-raten um zehn Prozent zu registrieren. Besonders schwach entwickelt sich der Gebrauchsgüterbereich, mit Ausnahme des Videogeschäfts.

In der **Automobilindustrie** ist der kleine Absatzboom der ersten Jahreshälfte jäh abgebrochen. Immerhin konnte in den ersten neun Monaten noch ein Absatzplus von etwa zwölf Prozent erzielt werden. Zur Jahresmitte ist der Exportboom jedoch beendet gewesen, der rückläufige Inlandsmarkt bestimmt nun die Situation: Hier sind die Zulassungsziffern zur Zeit etwa acht Prozent niedriger als im Vorjahr. Dies gilt für den Pkw-Bereich, bei Nutzfahrzeugen war die Absatzlage schon länger durch die Investitionsschwäche geprägt. Für 1983 gibt es unterschiedliche Prognosen. So erwartet das Ifo-Institut für 1983 eine Belebung des Inlandsmarktes, wobei auf einen gewissen Nachholeffekt gesetzt wird. Dem ist entgegenzuhalten, daß die sinkende Konsumtionskraft viele Verbraucher von Neuanschaffungen abhalten bzw. einen Übergang zu billigeren Modellen bewirken könnte. Insgesamt wird für die Zukunft befürchtet, daß es weltweit zu dauerhaften Überkapazitäten im Automobilbereich kommen könnte: Die umfangreichen Investitionsprogramme der Automobilkonzerne dienen zwar der Rationalisierung, haben aber erhebliche Kapazitätserweiterungseffekte.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe insgesamt	-1,3	-3,6	-5,2	-4,6
Eisenschaffende Industrie	-1,3	-11,3	-16,9	-23,3
Chemische Industrie	-3,2	-2,8	-3,3	-8,3
Maschinenbau	+1,8	-2,8	-3,5	-0,2
Straßenfahrzeugbau	+5,4	+4,0	-0,1	-4,9
Elektrotechnik	+0,1	-0,8	-4,9	-0,5
EDV-Geräte	+13,4	-0,2	+2,6	+15,9
Textilgewerbe	+1,9	-2,4	-12,8	+8,4
Bekleidungsgewerbe	-9,5	-9,6	-9,5	-1,6
Bauhauptgewerbe	-11,3	-11,7	-9,9	-11,5

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Immer desolater wird die Situation in den **Textil- und Bekleidungsindustrien**. Vor allem das Bekleidungsgewerbe, das erneut eine Produktionseinbuße von etwa neun Prozent im Jahresvergleich hinnehmen muß, schrumpft rapide: Im ersten Halbjahr sank die Beschäftigtenzahl um 22 000, ebenso stark wie im ganzen Jahr 1981. Zur Jahresmitte gab es noch 210 000 Beschäftigte in dieser Branche. Etwas günstiger verlief die Entwicklung in der Textilindustrie, hier stagnierte die Produktion im ersten Halbjahr dank erheblicher Exporterfolge. Inzwischen schlägt aber auch hier der rückläufige Inlandsabsatz durch. Die Beschäftigung sinkt ebenfalls in raschem Tempo, sie lag zur Jahresmitte um acht Prozent niedriger als im Vorjahr.

In der **Bauwirtschaft**, in der das Produktionsniveau 1982 um etwa sechs Prozent zurückgegangen ist, hofft man, daß der Tiefpunkt nun erreicht ist. Dafür spricht eine gewisse Auftragsbelebung im Wohnungsbau, während der öffentliche Bau und der gewerbliche Bau rück-

läufig ist bzw. stagniert. Auch eine zumindest zeitweilige positive Wirkung der zusätzlichen Vergünstigungen im Wohnungsbau, die die neue Bundesregierung beschlossen hat, ist zu erwarten. Allerdings dürfte es sich hierbei um ein „Strohfeuer“ handeln, eine dauerhafte Belebung ist daraus nicht zu erhoffen. Schließlich dürfte der Rückgang des Zinsniveaus positive Effekte haben. Ob dies allerdings ausreicht zu einer deutlichen Produktionsbelebung, muß bezweifelt werden: Im Zuge der sich verschärfenden Finanzkrise bei den Gemeinden sind hier zusätzliche Auftragsausfälle zu erwarten. Die Branche hofft für das ganze Jahr 1981 mit einer leichten Produktionssteigerung um ein Prozent, so daß wirksame expansive Impulse für die Gesamtwirtschaft kaum zu erwarten sind.

Der als Indikator für die Entwicklung der privaten Kaufkraft wichtige **Einzelhandel** befindet sich ebenfalls in einer schwierigen Lage: Nach einer Stagnation der realen Umsätze im Jahr 1980 und einem Umsatzrückgang von 2,5 Prozent 1981 rechnet der Einzelhandelsverband nun mit einem Rückgang von mehr als vier Prozent. Im dritten Vierteljahr 1982 waren die preisbereinigten Umsätze um etwa elf Prozent niedriger als im ersten Vierteljahr 1980, dem Vorkrisenstand. Während kleinere und mittlere Unternehmen massenweise schließen müssen, können die großen Warenhauskonzerne ihre Erträge durch Rationalisierungsmaßnahmen halten. So erklärt es sich, daß Verbandspräsident Conzen die Maßnahmen der neuen Bundesregierung begrüßt, obwohl sie eigenen Schätzungen zufolge einen zusätzlichen Kaufkraftausfall von 10 Milliarden DM mit sich bringen: Es ist zu berücksichtigen, daß im Einzelhandel inzwischen etwa 50 Prozent des Umsatzes von einem Prozent der Unternehmen erbracht wird, der gegenwärtige Schrumpfungsprozeß also auf längere Sicht die Stellung der großen Handelsunternehmen verbessert.

Strukturelle Überkapazitäten bestehen darüber hinaus im Schiffbau und in der Mineralölindustrie. Neuerdings wachsen die Halden auch wieder im Bergbau, erstmals seit mehr als zehn Jahren droht wieder eine Zechenstilllegung.

Alle mit Produktion und Absatz verbundenen wirtschaftlichen Grunddaten – mit Ausnahme der Bauaufträge – deuten für die nächste Zeit auf einen weiteren Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität hin. Die Hoffnungen auf eine Belebung Mitte 1983 sind zur Zeit kaum begründeter als die bisherigen, fehlgeschlagenen Prognosen. Entscheidend ist dabei, daß die Krisenstrategie der großen Unternehmen und der wirtschaftspolitischen Instanzen gleichgerichtet die Absatzmöglichkeiten insbesondere im privaten Bereich weiter beschränken. Es ist nicht ersichtlich, wie bei sinkenden Realeinkommen und Sozialleistungen die notwendige Stabilisierung der privaten Nachfrage erreicht werden soll: Ein deutlicher Abbau der gesamtwirtschaftlichen Sparquote, auf den manche Wirtschaftspolitiker hoffen, würde eine größere Arbeitsplatzsicherheit und eine Umverteilung zugunsten der unteren und mittleren Einkommensgruppen erfordern.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Die andauernde Stagnation der westdeutschen Wirtschaft beeinflusst auch die Entwicklung des Kreditmarktes: Die Kredite an Unternehmen und Private zeigen eine deutliche Verlangsamung; im 3. Quartal nahmen sie nur um 5,4 Prozent zu, gegenüber 9,5 Prozent im Vorjahr. Das ist auch auf die Erhöhung der Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen zurückzuführen: Die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen) in Prozent der Bruttoinvestitionen lagen im 1. Halbjahr 1982 mit 79 Prozent weit höher als 1981, als sie 75 Prozent betragen; die Erhöhung dieser Quote ist das Resultat von sinkenden Bruttoanlageinvestitionen und steigenden eigenen Finanzierungsmitteln.

Parallel zur Verlangsamung der Kreditnachfrage schrumpft die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten: Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei den Bankschuldverschreibungen; die Käufe lagen Ende September um 10,5 Prozent höher als im Vorjahr, während sie Ende März noch eine Zuwachsrate von 17,5 Prozent aufwiesen. Dagegen zeigen Spareinlagen und Sparbriefe eine deutliche Beschleunigung im Verlauf des Jahres. Im „Börsen-Report“ der „Zeit“ wird eine plausible Erklärung für diese gegensätzliche Entwicklung geliefert: „Wer vor einem Jahr festverzinsliche Titel mit einjähriger Laufzeit er-

warb, kassierte darauf Zinsen von elf bis zwölf Prozent. Wenn das Geld heute wieder angelegt werden soll, wird man im kurzfristigen Bereich nur wenig über acht Prozent erreichen können. Banken und Sparkassen berichten, daß sich längst nicht alle Sparer damit abfinden können, künftig rund ein Drittel weniger zu bekommen. Sie parken die zurückgeflassenen Gelder auf einem Sparkonto, auch wenn darauf zur Zeit nur fünf, neuerdings sogar nur 4,5 Prozent Zinsen gezahlt werden“ („Die Zeit“, Nr. 39, 24. September 1982, S. 28).

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1981 Dezember Milliarden DM	1982 September	1981 Jahr	1. Vj.	1982 2. Vj.	3. Vj. ²
			Veränderungen gegenüber Vorj. in %			
Kredite an						
inländische						
Nichtbanken	1609,2	1664,7	9,0	8,1	7,2	6,7
– Unternehmen						
und Private	1223,2	1260,6	7,3	5,7	5,4	5,4
– Öffentliche						
Haushalte	386,0	404,1	14,7	16,2	13,3	11,1
Netto-Auslands-						
forderungen	110,6	108,6	16,5	19,6	9,2	4,0
Geldkapitalbil-						
dung bei den						
Kreditinstituten ¹	943,8	991,0	13,4	10,6	7,9	6,2
darunter:						
Spareinlagen						
und -briefe	295,8	295,5	4,3	5,3	6,5	6,1
Geldvolumen (M ₃)	776,0	782,3	4,9	6,5	6,5	7,0

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Was den Kapitalmarkt betrifft, so war sowohl auf dem Primär- als auch auf dem Sekundärmarkt im Zeitraum Januar–September 1982 eine rege Anlagebereitschaft in festverzinslichen Wertpapieren zu verzeichnen, während auf dem Aktienmarkt Ermüdungserscheinungen zu beobachten waren. Wie aus der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ hervorgeht, wurden die Neuemissionen insbesondere von der öffentlichen Hand (Anleihen und Kommunalobligationen) und dem Ausland getätigt. Die starke Inanspruchnahme sowohl des Kreditmarktes als auch des Kapitalmarktes seitens öffentlicher Haushalte ist darauf zurückzuführen, daß die öffentliche Hand ihre Nachfrage dieses Jahr auf die inländischen Finanzierungsquellen konzentriert, während sie sich in den Jahren 1980–1981 um knapp 50 Milliarden gegenüber dem Ausland verschuldet hatte.

Am Rentenmarkt hat sich die Struktur nach Laufzeiten merklich verschoben. Machte 1978 der Bruttoabsatz von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten mit einer Laufzeit bis einschließlich vier Jahren nur 24 Prozent des gesamten Bruttoabsatzes aus, so betrug dieser Anteil 1982 45 Prozent. Wie die Berliner Handels- und Frankfurter Bank schreibt, birgt diese Entwicklung einige Gefahren in sich: „Die Laufzeitenverkürzung führt jetzt zu einer zeitlichen Ballung des Anschlußfinanzierungsbedarfs, die einer kontinuierlichen Kapitalmarktentwicklung eher abträglich ist. Außerdem darf nicht vernachlässigt werden, daß die beträchtliche Laufzeitenverkürzung der vergangenen Jahre Konsolidierungszwänge schafft. Mehr und mehr wird die Notwendigkeit erkannt, kurzfristige Schulden durch längerfristige abzulösen. Dies aber belastet – für sich genommen – das lange Ende des Kapitalmarktes“ („Wirtschaftsdienst“, Nr. 1293, vom 9. Januar 1982, S. 3).

Der Absatz an inländischen Aktien war um 0,6 Milliarden geringer als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Ein ähnliches Bild bot der Sekundärmarkt: Während die Börsenumsätze an inländischen Rentenwerten im Zeitraum Januar–August mit 43,7 Milliarden das im ganzen Jahr 1981 erreichte Volumen übertrafen, waren die Börsenumsätze an inländischen Dividendenwerten um mehr als 2 Milliarden niedriger als in demselben Zeitraum 1981. Die Entwicklung der Kapitalanlagegesellschaften bestätigt diese Präferenz für Rentenwerte gegenüber den Aktien: Die Rentenfonds hatten im Juni–September 1982 ein Mittelaufkommen von 636 Millionen zu verzeichnen, während die Aktienfonds Zertifikate im Werte von 552 Millionen zurücknehmen mußten.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1981 1. Hj.	3. Vj.	1. Hj. 1982	3. Vj. ¹
Anleihen der öffentlichen Hand	– 2608	– 1861	– 1999	11729	8682
Kommunalobligationen	36729	19542	10537	18537	9053
Sonstige Bankschuldverschreibungen	33723	24649	7697	1741	4228
Industrieobligationen	– 972	– 550	– 221	– 253	– 205
Ausländische Rentenwerte	6131	2979	1212	7904	1250
Absatz = Erwerb insgesamt	73003	44759	17236	39658	23008
darunter:					
Kreditinstitute	17565	2264	7562	15928	
Inländische Nichtbanken	57076	42053	9424	23373	

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Seit September 1981 zeigen Zinsen und Renditen eine sinkende Tendenz: Ein gewisse Lockerung der restriktiven Währungspolitik der Bundesbank hat dazu beigetragen, daß innerhalb eines Jahres die Zinsen auf Kontokorrentkredite und die Renditen von Anlagen der öffentlichen Hand von 14,59 auf 11,57 Prozent bzw. von 11,1 auf 8,7 Prozent zurückgegangen sind.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		29. 12. 1972 = 100
1980			
1. Vj.	10,04	8,7	99,7
2. Vj.	11,29	8,8	97,8
3. Vj.	11,53	7,9	101,5
4. Vj.	11,51	8,6	99,3
1981			
1. Vj.	12,24	9,8	98,2
2. Vj.	14,36	10,6	103,7
3. Vj.	14,58	11,1	105,3
4. Vj.	14,15	10,0	99,8
1982			
1. Vj.	13,55	9,7	101,2
2. Vj.	12,55	9,0	102,0
3. Vj. *	11,96	9,0	98,5

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Am Aktienmarkt bleibt die Entwicklung der Kurse nach wie vor enttäuschend: Ende Oktober lag der Aktienindex um vier Prozent unter dem im Frühling erreichten Höchststand. Wieder haben sich die bürgerlichen Börsenkommentatoren, die unbeirrt der Aktienbörse als dem Barometer der Wirtschaft huldigen, verkalkuliert; so konnte man Anfang des Jahres in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ lesen: „Die Aussichten für eine Belebung der Konjunktur sind gewachsen. Die meisten Prognosen versprechen eine Besserung spätestens im 2. Halbjahr 1982. Wenn es richtig ist, daß die Börse – vor allem der Aktienmarkt – solche Entwicklungen in den Kursen vorwegnimmt, dann könnte dem deutschen Markt ein Kursaufschwung schon im ersten Halbjahr beschieden sein“ (*Der Aktienmarkt hat sich gefangen*, in FAZ, Nr. 1, 2. Januar 1982, S. 14).

In der Tat lag der Index der Aktienkurse im ersten Halbjahr um 1 Prozent niedriger als im vorangegangenen Halbjahr und nur um 0,6 Prozent höher als im ersten Halbjahr 1981; seit Juni ist er tendenziell rückläufig.

1.4 Investitionen

Von den „autonomen“ Investitionen sollte nach der Logik der „angebotsorientierten“ Wirtschaftspolitik die Belebung der Konjunktur ausgehen: gemeint waren Rationalisierungsinvestitionen im weitesten Sinne, die von den Unternehmen unabhängig von der Absatzlage getätigt werden. Um diesen Prozeß anzukurbeln, seien günstige Verwertungsbedingungen des Kapitals, insbesondere investitionsfördernde Prämien und Steuervergünstigungen notwendig. Alle diese Voraussetzungen sind in den letzten Jahren geschaffen worden, umfangreiche Steuerentlastungen haben stattgefunden, seit Mitte 1981 sind die Unternehmerrückgewinne – trotz Absatzzurückgangs – deutlich angestiegen. Doch entgegen der konservativen Logik haben sich die Unternehmer nicht so verhalten wie erwartet: rückläufige Absatzziffern haben sie zu zusätzlichen Investitionseinschränkungen veranlaßt, Unternehmen mit günstigen Finanzierungsbedingungen – vor allem monopolistische Konzerne – haben Finanzanlagen als profitable Kapitalanlagemöglichkeiten vorgezogen. Die Investitionen sind 1982 kräftig zurückgegangen.

Anlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982 ²	1983 ²
Ausrüstungen	–1,2	–5,2	–6,5	–6,5	+0,5
Bauten	–5,3	–3,1	–6,8	–5,5	+0,5
Insgesamt	–3,6	–4,0	–6,7	–6,0	+0,5

¹ Real, Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43–44/1982, S. 548 ff.)

Ob es 1983 zu der erwarteten Stabilisierung der Investitionen kommen wird, muß bezweifelt werden. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nämlich in den letzten Monaten stark eingebrochen.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,9	83,2	80,6	79,9
1981	79,6	78,7	78,3	79,3
1982	78,5	77,1	74,2	

¹ In % der betriebsüblichen Vollauslastung, 1975 jeweils Januar, April, Juli und Oktober
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/82, S. 4)

Der Krisentiefststand von 1975 wurde unterschritten. Besonders stark war der Auslastungsrückgang im Bereich der langlebigen Gebrauchsgüter, dort sank sie zwischen Juli und September um mehr als fünf Prozent.

Bei einem Anteil der ungenutzten Produktionskapazitäten von mehr als einem Viertel haben die Unternehmen ihre Investitionspläne durchweg gekürzt – trotz Investitionszulage. War im Frühjahr auf Grund der vorliegenden Investitionspläne noch mit einer nominalen Stagnation der Bruttoanlageinvestitionen der Industrie gerechnet worden, so ergibt sich nun ein Rückgang um nominal drei und real sieben Prozent.

Investitionen in der Industrie

	1974	1975	1976	1977	1978
Nominal	34,9	34,0	37,0	39,0	40,6
Real ¹	29,3	26,8	28,2	28,9	29,3
Index ²	76	68	71	73	75
	1979	1980	1981	1982	
Nominal		46,1	53,6	52,9	51,3
Real ¹		32,2	35,6	33,9	31,8
Index ²		83	91	85	78

¹ In Preisen von 1970

² Index 1970 = 100

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 9/82, Sonderbeilage; Ifo-Schnelldienst, 31/1982, S. 3)

Vergleicht man die Investitionsentwicklung mit dem – allerdings sehr hohen – Stand von 1970, so ergibt sich in realer Betrachtung ein über die ganzen siebziger Jahre hinweg sehr niedriges Niveau. Deutlich übertroffen wurde der Investitionsstand von 1970 im Jahr 1980 nur in

wenigen Bereichen: im Bergbau, im Straßenfahrzeugbau, im Rüstungsbereich, Luft- und Raumfahrzeugbau, bei Feinmechanik/Optik, bei Druckerei und bei Kunststoffen. Krisenhafte Entwicklungen führten in den bisherigen Expansionsbereichen Bergbau und Kunststoffe zu schweren Einbrüchen in der jüngsten Vergangenheit, d.h., zwei expansive Bereiche fallen neuerdings stark zurück.

Erweiterungsinvestitionen werden gegenwärtig kaum noch getätigt. Mehr als die Hälfte dient Rationalisierungszwecken, wobei hier allerdings zu berücksichtigen ist, daß Investitionen auf der Grundlage der neuen Technologien ebenfalls kapazitätswirksam sind: Eine Rationalisierung von Produktionsverfahren ist in der Regel mit einer Vergrößerung des Produktionsausstoßes der einzelnen Anlage verbunden.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1981	1982	1983
Kapazitätserweiterung	34	19	18
Rationalisierung	41	53	55
Ersatzbeschaffung	25	28	27

¹ Anteile in %, 1983 geplant
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/82, S. 8)

Nach den bisher vorliegenden Plänen will die Industrie 1983 ihre Investitionen real nicht weiter einschränken, demnach wird das Investitionsniveau in etwa gehalten werden. Setzt sich der Absatzrückgang allerdings weiter fort, so wird dies auch zu einer weiteren Kürzung der Vorhaben führen

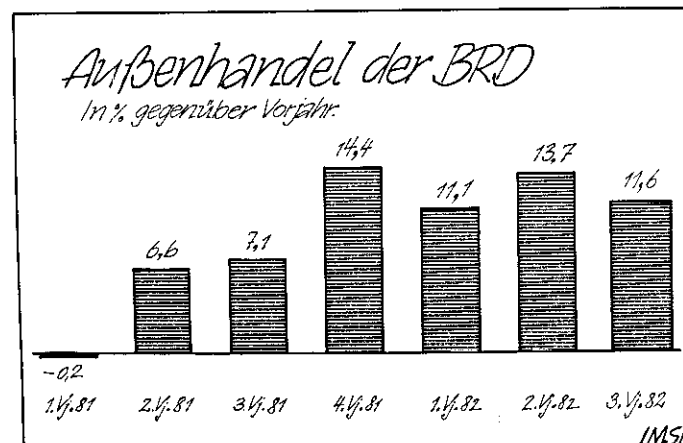
1.5 Außenwirtschaft

Die nachlassende Auslandsnachfrage hat sich in den letzten Monaten auch in den Außenhandelsstatistiken niedergeschlagen. Die Exportziffern sind zurückgegangen, inzwischen sind die Exporte real niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Stärker noch sind die Importe gesunken, sowohl nominal als auch real.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 81	91,2	+ 2,6	91,4	+ 6,2	- 0,2	-
2. Vj. 81	97,3	+11,2	90,7	+ 5,7	+ 6,6	+ 28,0
3. Vj. 81	98,8	+19,2	91,7	+12,8	+ 7,1	+ 34,4
4. Vj. 81	109,8	+20,5	95,4	+ 8,4	+14,4	+364,5
1. Vj. 82	107,6	+18,0	96,5	+ 5,6	+11,1	-
2. Vj. 82	108,3	+11,3	95,1	+ 4,9	+13,2	+100,0
3. Vj. 82	101,4	+ 2,6	89,8	- 2,1	+11,6	+ 63,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



Rückläufig waren vor allem die Exporte in die Entwicklungsländer, hier wirkte sich deren hohe Verschuldung als Bremse aus. Da die Importe – in jeweiligen Preisen – zurückgingen, die Exporte aber nominal noch zunahmen, erhöhte sich trotz verminderter Außenhandelsaktivität der Exportüberschuß der BRD weiter.

Die Leistungsbilanz, die neben dem Handelsverkehr auch Zahlungen aus dem Reiseverkehr, Überweisungen ausländischer Arbeiter und mehrere andere Posten enthält, wies – sieht man von Saisonentwicklungen ab – wieder einen leichten Überschuß auf. Begünstigt wurde die Bundesrepublik weiterhin von der Entwicklung der internationalen Preisverhältnisse: sinkende Rohstoffpreise und weiter ansteigende Industriewarenpreise verbesserten bei einem stabilen Wechselkurs der DM die Austauschverhältnisse der Bundesrepublik, die „Terms of Trade“.

Terms of Trade¹

1978	1979	1980	1981	1982	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
102,7	96,4	90,2	86,3		86,9	88,2	87,3

¹ Index 1976 = 100
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Ursache der sich verringernden Außenhandelsaktivitäten ist der gedrückte Welthandel. Dieser ging 1981 um etwa ein Prozent zurück und wird auch 1982 voraussichtlich weiter leicht sinken. Damit ist erstmals festzustellen, daß sich der Welthandel langsamer entwickelt als die Weltproduktion, die 1981 immerhin noch um ein Prozent zunahm und auch 1982 noch geringfügig wachsen wird. Dieses Wachstum bleibt allerdings beschränkt auf die sozialistischen Länder und auf einige Entwicklungsländer. Im kapitalistischen Teil der Welt geht die Produktion dagegen leicht zurück. Dies ist um so bedeutsamer, als die überproportionale Zunahme des internationalen Warenaustauschs auch ein Motor für das Wirtschaftswachstum gewesen ist. Seit 1975 ist festzustellen, daß der Welthandel nicht mehr rascher zunimmt als die Produktion, d.h., daß die internationale Arbeitsteilung auf der Grundlage des Warenaustausches nicht mehr vertieft wird.

In zunehmendem Maße wird vor diesem Hintergrund die teilweise zu beobachtende Tendenz zum Protektionismus, zur Beschränkung der Importe, diskutiert. Das bezieht sich nicht nur auf Zölle und offizielle Handelsbeschränkungen – daneben wächst der Bereich von „heimlichen“ Beschränkungen, wobei unter dem Vorwand von Qualitätsnormen, Gesundheitsschutz oder ganz einfach durch umständliche bürokratische Verfahrensweisen Importwaren diskriminiert werden.

Allerdings gibt es bisher nur wenig Hinweise, wie groß die Auswirkungen quantitativ sind: vor der Ministerratskonferenz des GATT im November, einer supranationalen Institution zur Regulierung des Welthandels, wurde behauptet, zwischen 1975 und 1982 habe sich der durch protektionistische Maßnahmen aller Art betroffene Teil des Welthandels um fünf bis sechs Prozent erhöht, so daß gegenwärtig zwischen 40 und 48 Prozent des Welthandels auf diese Art behindert seien.

Allerdings bleibt festzuhalten, daß dies erst Anfänge sind, von einschneidenden Restriktionen des Welthandels durch protektionistische Maßnahmen zur Zeit noch nicht gesprochen werden kann. Entscheidend für die Stagnation im Welthandel und für den Rückgang der Exporte der BRD ist die konjunkturelle Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft. In keinem kapitalistischen Land haben sich in den letzten Monaten Aufschwungstendenzen abgezeichnet. Es ist im Gegenteil so, daß sich gewisse Stabilisierungshoffnungen in den USA, in Großbritannien und in Frankreich nach den jüngsten Daten wieder einmal nicht bestätigt haben. In den USA war im Vorfeld der Kongreßwahlen von Regierungsseite der Eindruck erweckt worden, als sei die Krise beendet: Vor dem Hintergrund einer weiter sinkenden Industrieproduktion entlarvt sich das als Zweckoptimismus. Auch in Großbritannien fiel die Produktion nach einer gewissen Stabilisierungsphase erneut zurück. In Japan ist die Industrieproduktion schon seit drei Quartalen leicht rückläufig, auch dort funktioniert das „Exportmodell“ nicht mehr im gewünschten Ausmaß. Dies alles veranlaßte die OECD, eine Organisation der kapitalistischen Industrieländer, zu einer erneuten Korrektur ihrer Prognosen: demnach wird davon ausgegangen, daß das Bruttosozialprodukt der kapitalistischen Industriestaaten 1982 um 0,2 Prozent sinkt, nachdem es 1981 noch um 1,2 Prozent zugenommen hatte. Für 1983 wird zwar eine Belebung erwartet, die jedoch mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum um 1,8 Prozent nur schwach sein soll.

Wahrscheinlicher ist gegenwärtig eine Entwicklungsvariante, bei der die rezessiven Tendenzen in der nächsten Zukunft noch an Gewicht zunehmen werden. Lediglich der Abbau des Zinsniveaus stellt eine gewisse Erleichterung dar – sinkende Zinsen können aber erfahrungsgemäß Belebungstendenzen zwar erleichtern, sie aber nicht selbst hervorrufen.

Wachstum in den kapitalistischen Industrieländern¹

	1982	1983	Produktionsanteile 1981
BRD	-1	0	9,8 %
Frankreich	+1	0	8,1 %
Großbritannien	+0,5	+0,5	7,1 %
Italien	+0,5	0,0	5,0 %
Westeuropa	0,0	0,0	38,8 %
USA	-1,5	+1,5	41,1 %
Japan	+2	+2,5	16,1 %
Kanada	-5	-1	4,0 %
Zusammen	-0,5	+1	100 %

¹ Reales Bruttosozialprodukt in % gegenüber Vorjahr, Schätzung bzw. Prognose
(Quelle: „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute, DIW-Wochenbericht 43-44/82, S. 532)

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerngewinne

Seit 1981 steigen die Unternehmerngewinne wieder an, der krisenbedingte Gewinnrückgang war – saisonbereinigt – schon Anfang 1981 beendet. Dies ist eine bemerkenswerte Entwicklung: Trotz anhaltender und neuerdings wieder verschärfter Wirtschaftskrise überwiegen die Erfolge bei der Kostensenkung durch die Unternehmen bei steigenden Preisen die negativen Effekte der rückläufigen Kapazitätsauslastung, die Gewinne steigen.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	1981		1982		1983 ²	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ²	1. Hj.	2. Hj.
Brutto	-5,1	+3,5	+ 8,5	+5,0	+5,0	+ 8,5
Netto	-4,7	+5,7	+11,7	+5,5	+6,0	+10,0
Zum Vergleich:						
Nettolohn- u. -gehaltssumme	+3,9	+3,8	+ 1,4	+0,5	+0,5	+0,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Prognose des Herbstgutachtens
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43-44, S. 549)

Die gestiegenen Unternehmerngewinne haben allerdings nicht zu mehr Investitionen geführt: vielmehr liegen die Privatentnahmen der Unternehmer sogar über den Einkommen aus Unternehmertätigkeit, d.h., es wird sogar ein Teil der Abschreibungen „entnommen“.

Unternehmerngewinne und Privatentnahmen¹

	1979	1980	1981	1. Hj. 1982
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit ²	197,8	184,3	159,0	75,5
Privatentnahmen ²	172,0	180,7	184,6	91,4
Abschreibungserlöse und Vermögensübertragungen	202,2	218,3	231,4	118,9

¹ Mrd. DM
² Ohne Vermögenserlöse
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktoberhefte, Ifd.)

Die ansteigenden Privatentnahmen zeigen, daß die Klagen der Unternehmen über zu wenig Eigenmittel insgesamt unberechtigt sind. Diese sind daran selbst beteiligt, indem sie zunehmende Mittel für andere Verwendungen abziehen.

Die starke Zunahme der monetären Aktivitäten der Unternehmer und des Staates schlägt sich unter anderem deutlich in den Bankbilanzen nieder. Die Banken haben in der Krise ihre Gewinne sprunghaft erhöht, aber auch auf längere Sicht steigen die Bankgewinne überproportional.

Bankengewinne¹

	Zinsüberschuß	Betriebsergebnis	Jahresüberschuß ²
1970	14,0	4,6	3,6
1975	29,2	11,2	9,3
1979	37,8	12,7	10,3
1980	40,2	13,1	11,3
1981	47,2	18,5	12,8

¹ Mrd. DM
² Vor Steuern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/82, S. 15)

Auch 1982 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt, wie sich an den vorliegenden Ergebnissen der Großbanken für das erste Halbjahr 1982 ablesen läßt: der Zinsüberschuß der drei Institute erhöhte sich um etwa 13 Prozent, das Betriebsergebnis sogar um mehr als 20 Prozent.

Offensichtlich hat sich in den letzten Jahren der Anteil der aus Geldanlagen stammenden Gewinne stark erhöht, d.h., das Geldkapital beansprucht einen wachsenden Teil des gesellschaftlichen Mehrwerts.

2.2 Konzentration

Das beherrschende Thema der Diskussion auf diesem Gebiet ist die Entwicklung der Unternehmenszusammenbrüche. Die Zahl der Insolvenzen belief sich in den ersten drei Quartalen von 1982 auf 11 400 Fälle, 37 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Im September allein wurden 1391 Konkurse und Vergleiche registriert, 45 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Das Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) hat eine Untersuchung durchgeführt, die sich auf die Auswirkungen der Unternehmenszusammenbrüche im engeren Sinne (also ohne Vermögensinsolvenzen) bezieht.

Demnach hat sich die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche im engeren Sinne seit 1980 verdoppelt.

Unternehmenszusammenbrüche

	Zahl	Gläubiger- verluste ¹	Anlagen- vernichtung ²	Arbeitsplatz- vernichtung ³	Arbeitsplatz- verlust je Fall
1970	2716	1,44	1,7	50	18
1975	6953	6,93	6,7	145	21
1979	5483	4,23	3,7	73	13
1980	6315	4,17	3,7	66	10
1981	8494	7,70	6,3	106	12
1982 ⁴	12300	12,30	10,0	160	13

¹ In Mrd. DM
² Bruttoanlagevermögen zu Preisen von 1970, Mrd. DM
³ In 1000
⁴ Schätzung
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/82, S. 555)

Die relativ niedrige Zahl von Arbeitsplatzverlusten je Insolvenzfall erstaunt zunächst, da nach anderen Berechnungen – so der des „Verbands der Vereine Kreditreform“ – weit höhere Zahlen ermittelt wurden: der „Verband“ errechnete z.B. für 1981 Arbeitsplatzverluste von 36 je Fall. Ein Grund besteht darin, daß bei der DIW-Untersuchung nur die Zahl der bei Konkursanmeldung noch besetzten Arbeitsplätze gezählt wird, einer Konkursanmeldung in der Regel aber ein Arbeitsplatzabbau schon vorausgegangen sein dürfte.

Gleichzeitig sind Unternehmenszusammenbrüche eine Form von krisenhafter Kapitalvernichtung. Dabei geht nur ein Teil auch stofflich verloren, d.h., die Anlagen des betroffenen Unternehmens werden teilweise – oft unter Wert – verkauft, teilweise aber auch verschrottet. Nach den DIW-Berechnungen geht auf diese Weise 1982 Anlagevermögen im Umfang von 10 Milliarden DM endgültig verloren: der darin fixierte Kapitalwert ist allerdings geringer, da die Anlagen ja teilweise schon abgeschrieben sind. Dadurch wird die Produktionskapazität der Unternehmen 1982 um knapp 0,3 Prozent vermindert, eine anscheinend relativ geringfügige Auswirkung. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß nur ein Teil der stofflichen Form der Kapitalvernichtung auf Unternehmensinsolvenzen entfällt, nicht berücksichtigt sind die Auswirkungen von „stillen“ Betriebsschließungen – in denen kein Konkurs angemeldet wird – und von Betriebsstillegungen durch Konzerngesellschaften, die in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen haben und in der Regel weit mehr Beschäftigte betreffen als Zusammenbrüche von meist kleineren Betrieben.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Einkommensentwicklung hat sich in den letzten Monaten weiter verlangsamt, offensichtlich sogar stärker als nach den Tarifabschlüssen der ersten Jahreshälfte zu erwarten gewesen wäre.

Reallohnentwicklung¹

	1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+4,3	+2,5	+1,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+3,9	+1,4	+0,5
Tarifeinkommen	+5,6	+3,9	+3,8
Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+4,4	+3,2	+3,0
Verbraucherpreise	+5,9	+5,6	+5,0
Reallöhne	-1,5	-2,4	-2,0

¹ In Prozent
² Schätzung des „Herbstgutachtens“ bzw. eigene Schätzungen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43-44/82, S. 549)

Nach einem starken Rückgang der realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten im ersten Halbjahr – hier wirkten sich auch die teilweise verschobenen Tarifabschlüsse aus – hat sich der Einbruch auch im zweiten Halbjahr 1982 weiter fortgesetzt. Der Reallohnrückgang dürfte im laufenden Jahr also eher über zwei Prozent liegen.

Dabei scheint sich nun auch verstärkt ein Abbau übertariflicher Zahlungen auszuwirken. Im zweiten Quartal 1982 wurde die „Lohndrift“, d. h. der Unterschied in der Entwicklung der tariflichen und der effektiven Einkommen, wieder negativ. Dies, obwohl die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden etwas zugenommen hat.

Lohndrift¹

	1981			1982		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Tariflöhne	+7,3	+6,0	+4,9	+4,8	+4,6	+4,5
Effektivlöhne	+2,1	+5,5	+5,0	+5,2	+5,8	+4,0
Lohndrift	-5,2	-0,5	+0,1	+0,4	+1,2	-1,5

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 41/82, S. 514)

Vergleicht man die Entwicklung der Produktivität mit der Entwicklung der Reallöhne, so ergibt sich ein Bild von der Intensität des Umverteilungsprozesses.

Arbeitsproduktivität und Reallöhne¹

	1979	1980	1981	1982 ²
Arbeitsproduktivität ³	+2,8	+0,9	+0,8	+2,0
Reallöhne	+1,7	-0,6	-1,5	-2,0

¹ Veränderung in Prozent
² Schätzung
³ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/82, S. 640; Reallöhne wie oben)

Zwischen 1979 und 1982 sind die realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten um etwa 4 Prozent zurückgegangen, während die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um etwa 4 Prozent angestiegen ist.

Für 1983 ist seitens der Unternehmer, der Regierung und der verschiedenen konservativen Wirtschaftswissenschaftler ein weiteres Auseinanderklaffen von Einkommens- und Produktivitätsentwicklung „programmiert“: bei einem erwarteten Produktivitätsanstieg von zwei Prozent soll der Reallohn weiter um mindestens eineinhalb Prozent zurückgehen („Herbstgutachten“ und „Sachverständigenrat“).

Aus den bisher vorliegenden Plänen der Bundesregierung für 1983 ergibt sich eine starke Vorbelastung der Löhne und Gehälter durch höhere Sozialabgaben und Steuerprogression:

- eine Erhöhung des Beitragssatzes bei der Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,6 Prozent zum Jahresanfang;
- eine Erhöhung des Beitrags zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent zum September 1983;
- eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent Mitte 1983.

Die höheren Beitragssätze belasten die Arbeitseinkommen im Jahresdurchschnitt zusätzlich um 0,4 Prozent, die Erhöhung der Mehrwertsteuer steigert die Preise um 0,7 Prozent, belastet die Einkommen also jahresdurchschnittlich um 0,35 Prozent.

Bei einem Preisanstieg um jahresdurchschnittlich vier Prozent – so die wieder einmal extrem günstige Annahme des Sachverständigenrats – müßten die Arbeitseinkommen brutto mindestens um 5,5 Prozent ansteigen, um die Auswirkungen der Steuerprogression und der steigenden Preise auszugleichen, d. h., um die Kaufkraft des Nettolohnes der Beschäftigten zu erhalten. Ausgehend von der zum Jahresende 1982 bestehenden Inflationsrate von knapp fünf Prozent ergibt sich eine effektive Lohnerhöhung um 6,5 Prozent als notwendig zur Verteidigung der Reallöhne. Dabei ist weder eine Beteiligung am Produktivitätszuwachs noch etwa ein Ausgleich für den Reallohnverlust des abgelauenen Jahres einbegriffen.

Dies ist eine Durchschnittsbetrachtung über alle abhängig Beschäftigten, bei der die spezifische Belastung der unteren und mittleren Einkommensschichten durch Steuerprogression und Sozialabgabenerhöhung nicht voll zum Ausdruck kommt.

Daher sei ein Einzelfall als Beispiel gewählt: ein verheirateter Metallarbeiter, zwei Kinder, Steuerklasse vier, der 1982 (erstes Vierteljahr) monatlich DM 2578,- verdiente, also das Durchschnittseinkommen der Metallarbeiter bezog. Ausgehend von einer Lohnerhöhung von effektiv 6,5 Prozent wird dargestellt, wie sich Abzüge und Nettoeinkommen 1983 entwickeln würden.

Löhne und Abgabenbelastung 1983¹

	1982	1983	Veränderung in %
Bruttolohn	2578 DM	2745 DM	+ 6,5
Lohnsteuer	417 DM	466 DM	+11,8
Kirchensteuer	32 DM	36 DM	+13,9
Sozialabgaben ²	438 DM	478 DM	+ 9,1
Nettolohn	1691 DM	1765 DM	+ 4,4

¹ Metallarbeiter, verheiratet, zwei Kinder, Steuerklasse vier
² Es wurde ein Krankenkassenbeitrag von 12 Prozent (Durchschnitt) zugrunde gelegt
(Quelle: Der Gewerkschafter, 10/82, S. 44; Lohnsteuertabelle)

Bei einer angenommenen Inflationsrate von etwa fünf Prozent würde in unserem Beispiel selbst bei einer Lohnerhöhung von effektiv 6,5 Prozent noch ein leichter Reallohnverlust eintreten, notwendig wäre also hier ein Abschluß von über sieben Prozent.

3.2 Steuern

Es gibt eine einzige Steuer, deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen unaufhörlich und über alle Maßen in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist: die Lohnsteuer. Sie nahm auch 1981 und im ersten Halbjahr 1982 gegenüber dem Vorjahr zu, obwohl sich die Zahl der abhängig Beschäftigten in beiden Jahren verringerte. Die nominalen Lohnsteigerungen lagen sogar erheblich unter dem Zuwachs der Lohnsteuer von 4,5 Prozent 1981 und 7,9 Prozent im ersten Halbjahr 1982. Vor zehn Jahren betrug der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen 25,5 Prozent, 1981, trotz sinkender Realeinkommen und Massenarbeitslosigkeit, 31,5 Prozent.

Obleich sich der Umfang des gesamten Steueraufkommens von Jahr zu Jahr vergrößerte, gehen die Einnahmen aus den gewinnbestimmten Einkommensteuern seit langem absolut zurück. Es ist die einzige Steuerart, für die dies seit 1980 gilt. Die veranlagte Einkommensteuer für sich allein genommen, verminderte sich im ersten Halbjahr 1982 gar um 12 Prozent.

Das Steueraufkommen in Mrd. DM

	1972	1976	1978	1979	1980	1981	1982, 1. Hj.
Lohnsteuer	49,8	80,6	92,0	97,1	111,6	116,6	54,7
Umsatzsteuern	47,0	58,5	73,3	84,2	93,4	97,8	49,6
Verbrauchssteuer, Zölle	35,3	43,6	50,4	51,2	51,4	53,2	24,0
Einkommensteuern ¹	33,8	45,0	60,6	64,3	62,3	57,7	27,0
Kapitalsteuern ²	20,9	28,8	34,0	35,3	37,6	36,7	8,9 ³
Kapitalverkehrssteuern ⁴	1,7	1,9	2,1	2,3	2,5	2,7	1,6
Insgesamt	195,6	268,1	319,1	342,8	365,0	370,3	88,0 ³

¹ Veranlagte Einkommen-, Körperschaft-, Kapitalertragsteuer
² Vermögen-, Gewerbe-, Grundsteuern
³ 1. Vj.
⁴ Börsenumsatz-, Gesellschaft-, Versicherungs-, Wechselsteuer
(Quellen: Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung, Hrsg. Statistisches Bundesamt; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Wer Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielt, ist im Gegensatz zu den Lohnabhängigen in der Lage, durch Überwälzung die überdurchschnittlich hohen Steigerungen der Umsatzsteuern während der letzten Jahre aufzufangen. Hier findet auf steuerlichem Wege eine weitere Minderung der Reallöhne statt. Der Zuwachs der Umsatzsteuern lag seit 1978 bemerkenswert über dem des Gesamtsteueraufkommens. So wuchs der Anteil dieser Steuerart am Gesamtaufkommen von 23 Prozent 1978 auf 26,4 Prozent 1981 und 29 Prozent im ersten Vierteljahr 1982. Wie die Kaufkraft der Löhne Einbußen erleidet, wird auch dadurch erhellt, daß seit Jahren im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr die Einzelhandelsumsätze weit weniger zunahmen als die Umsatzsteuern.

Veränderung des Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1972	1976	1978	1979	1980	1981	1982, 1. Hj.
Lohnsteuer	+16,4	+13,2	+ 1,3	+ 5,5	+14,9	+4,5	+7,9
Umsatzsteuern	+ 9,6	+ 8,1	+16,9	+14,9	+10,9	+4,7	+0,8
Verbrauchssteuer, Zölle	+12,8	+ 8,5	+12,0	+ 1,6	+ 0,4	+3,5	+5,7
Einkommensteuern	+22,5	+11,7	+ 8,8	+ 6,1	- 3,0	-7,4	-5,9
Kapitalsteuern	+14,2	+13,4	+ 2,1	+ 3,8	+ 6,5	-2,4	+1,1 ¹
Insgesamt	+14,4	+11,3	+ 6,6	+ 7,4	+ 6,5	+1,5	+2,6

¹ 1. Vj.
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Gleich den Umsatzsteuern belasten Verbrauchsteuern und Zölle vor allem jene, die den überwiegenden Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben müssen und Preissteigerungen nicht auf Abnehmer ihrer Produkte oder Dienstleistungen überwälzen können. Wie schon das vorangegangene Jahr, so brachte auch 1982 wieder Verbrauchsteuererhöhungen, und zwar für Branntwein, Schaumwein und Tabak, also Gütern des Massenverbrauchs.

Bemerkenswert bleibt, daß Lohnsteuer, Umsatzsteuern, Verbrauchsteuern und Zölle 1981 72,3 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten gegenüber 67,8 Prozent im Jahre 1979.

Anteil am Gesamtsteueraufkommen in Prozent

	1978	1979	1980	1981
Lohnsteuer	28,8	28,3	30,6	31,5
Umsatzsteuern	23,0	24,6	25,6	26,4
Verbrauchssteuern, Zölle	15,8	14,9	14,1	14,4
Einkommensteuern	19,0	18,8	17,1	15,6
Kapitalsteuern	10,7	10,3	10,3	9,9
Kapitalverkehrssteuern	0,7	0,7	0,7	0,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Neben der Besteuerung der Gewinne durch die Einkommensteuern haben wir die Besteuerung von Vermögen sowie seinen Anlageformen in Haus- und Grundbesitz und in Gewerbebetrieben zu berücksichtigen. Diese Steuern auf Kapitalien sind außer den Einkommensteuern

die einzigen, die bei steigendem Steueraufkommen absolut einen Rückgang aufweisen, und zwar um 2,4 Prozent 1981. Ihr Anteil an den Steuern vermindert sich seit Jahren: von 10,7 Prozent 1978 auf 9,9 Prozent 1981.

Nun gibt es schließlich Steuern, deren Anteil seit Jahren mit 0,7 Prozent konstant bleibt. Es sind die Kapitalverkehrsteuern, von denen die Börsenumsatzsteuer die interessanteste ist. Wertpapiere sind die einzige Ware, an deren Erstumsatz (börsenumsatzsteuerfreier Ersterwerb) der Staat nicht qua Steuer beteiligt sein will. Immerhin dürften die Ersterwerber von Papieren eher belastbar sein als die Käufer vieler Konsumgüter. Der Umlauf festverzinslicher Wertpapiere betrug im gleichen Jahr 615,8 Milliarden DM, der an Aktien 94,5 Milliarden DM, zusammen 710,3 Milliarden DM. Hier gibt es genügend Spielraum, um einen Teil der Staatsverschuldung durch Steuern abzudecken, ohne den Lebensstandard der Lohnabhängigen weiter zu senken.

Statt dessen wurde und wird der umgekehrte Weg begangen. In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl heißt es: „Die Mehreinnahmen des Bundes aus der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 werden ... Bürgern und Betrieben zurückgegeben. Diese steuerlichen Entlastungen zur Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft sollen ab 1984 ... verstärkt werden. (...) Wir ... wollen die Ertragschancen der Unternehmen verbessern ... In einem ersten Schritt werden wir schon für 1983 die Gewerbesteuerbelastung verringern“ (Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 14. 10. 1982). Hier wird offen zugegeben, daß Steuergesetze einer Einkommensumverteilung zugunsten der Vermögenden dienen.

Bei der Einkommensteuer sind Vergünstigungen vorgesehen, insbesondere im Fall der Übernahme ganzer Betriebe. Die Mehrwertsteuer wird auf 14 Prozent erhöht, eine gewaltige Steigerung zu Lasten der Konsumenten. So wird das Steueraufkommen 1983 trotz Wirtschaftskrise stärker wachsen als 1982: 1982 um 8,8 Milliarden DM, das sind 2,4 Prozent, 1983 um 10,2 Milliarden DM oder 2,7 Prozent. Trotzdem wird die Nettokreditaufnahme des Bundes 1983 mit 41,5 Milliarden DM die des Jahres 1982 von 39,9 Milliarden DM übertreffen. Die aufgenommenen Mittel dienen hauptsächlich der Zinszahlung und Schuldentilgung, für die der Bund 1982 34,5 Milliarden DM aufzubringen hatte. Nutznießer dieser Politik sind die Kapitaleigner (Quellen: BMF Finanznachrichten 32, 33/82).

3.3 Sozialabbau

Die Politik des Sozialabbaus wird von der neuen Bundesregierung erwartungsgemäß fortgeführt. Betroffen sind alle Bereiche des Systems der sozialen Sicherung.

Arbeitsförderung: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden auf 4,6 Prozent (bisher 4 Prozent) zum 1. 1. 1983 erhöht. Durch erneute Leistungskürzungen – die Leistungsbezugsdauer wird in Abhängigkeit von der Beitragszahlungsdauer verringert – sollen wieder 500 Millionen eingespart werden. Durch Senkung der Fördersatzes bei Rehabilitationsmaßnahmen werden ebenfalls 500 Millionen eingespart.

Rentenversicherung: Die Beiträge zur Rentenversicherung werden nach dem letzten Stand schon zum 1. 9. 1983 (vorher 1. 1. 1984) von 18 auf 18,5 Prozent erhöht. Die fällige Erhöhung der Renten wird um ein halbes Jahr auf den 1. 7. 1983 verschoben, zum gleichen Zeitpunkt wird ein einprozentiger Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung erhoben. Die Renten werden dann 1983 im Jahresdurchschnitt um nur noch 2,3 Prozent steigen, die Kaufkraft der Rentner wird um fast drei Prozent zurückgehen, ein Kaufkraftausfall von mehr als vier Milliarden DM ist die Folge. Die Rentenversicherung erhält von der Bundesanstalt für Arbeit Beitragsleistungen für die Arbeitslosen nur noch auf der Grundlage von 68 Prozent des Nettogehalts. Bisher war auf der Grundlage von 100 Prozent gezahlt worden, aber schon die SPD-Regierung hatte eine Herabsetzung auf 70 Prozent beschlossen.

Krankenversicherung: Der Weg zur „Selbstbeteiligung“ wurde fortgesetzt. Die Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten wird auf 14 Tage verlängert, verstärkte Kontrollen des „Vertrauensarztes“ bei Krankmeldung, Erhöhung der Rezeptgebühren, Ausschluß bestimm-

ter Medikamente aus dem Leistungskatalog sollen den Krankenversicherungen Einsparungen auf Kosten der Kranken in Höhe von fast einer Milliarde DM bringen. Darüber hinaus wirkt die Krise selbst als wichtigster „Sparfaktor“ – auf Kosten der Gesundheit der Versicherten. Erstmals seit der Krise von 1966/67 sank der Krankenstand, d. h. der Anteil der wegen Krankheit Arbeitsunfähigen an den Pflichtversicherten, unter fünf Prozent.

Krankenstand der Betriebskrankenkassen

1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
5,6	4,7	5,7	6,4	7,0	7,1	7,2	7,5	6,8
1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹	1982 ²
6,6	6,9	6,8	7,2	7,4	7,3	6,8	6,0	4,9

¹ Erste acht Monate

² August 1982

(Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen, FAZ v. 25. 11. 1982)

Sozialhilfe: Die zum 1. 1. 1983 fällige Anhebung entsprechend den höheren Lebenshaltungskosten, die schon nach den Beschlüssen der alten Regierung auf drei Prozent begrenzt werden sollte, wird auf zwei Prozent gekürzt und auf den 1. 7. 1983 verschoben. Die Sozialhilfeempfänger erhalten also im Jahresdurchschnitt 1983 eine Anhebung um ein Prozent, ihre Bezüge werden real um mindestens vier Prozent gesenkt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß schon die alten Regelsätze viel zu niedrig waren: Wie der „Verein für öffentliche und private Fürsorge“, der die Grundlagen für die Regelsätze ermittelt, schon 1980 feststellte, wäre eine Anhebung um etwa 30 Prozent notwendig, um den veränderten Bedarfsstrukturen zu entsprechen.

Ausbildungsförderung: Das „Schüler-Bafög“ wird ersatzlos gestrichen, das „Studenten-Bafög“ völlig auf Kredite umgestellt. Dadurch werden die Kinder aus den unteren und mittleren Einkommensgruppen benachteiligt, das Bildungsprivileg wieder verstärkt.

Kindergeld: Das Kindergeld für das zweite und alle weiteren Kinder wird gekürzt, wobei Einkommensgrenzen eingeführt werden. (Nettoeinkommen von 42 000 DM im Jahr bei einem Ehepaar mit zwei Kindern.) Die relativ niedrigen Einkommensgrenzen führen dazu, daß schon mittlere Verdienste betroffen sind. Die neue Bundesregierung ist dabei, das Kindergeld wieder auf das sozial ungerechte System der Steuerfreibeträge umzustellen, bei denen die oberen Einkommensgruppen absolut bessergestellt sind als die übrigen Steuerzahler.

Öffentlicher Dienst: Die Anhebung der Beamtenbezüge wird um sechs Monate auf den 1. 7. 1983 verschoben und auf zwei Prozent begrenzt. Angestrebt werden ähnliche Regelungen für den gesamten öffentlichen Dienst.

Alle diese Maßnahmen – es wurden nur die wichtigsten genannt – sind wiederum nur ein Schritt auf dem Weg zum Umbau des System der sozialen Sicherung, der eine weitgehende Rückverlagerung der sozialen Risiken auf die Betroffenen zum Ziel hat. Absehbar ist schon jetzt, daß zumindest in der Rentenversicherung neue einschneidende Eingriffe geplant sind – spätestens 1984 treten dort akute Finanzierungsschwierigkeiten auf. Festzuhalten bleibt, daß die neue Bundesregierung bruchlos an den Sozialabbauplänen der alten anknüpfen konnte und auch die meisten Vorhaben einfach übernommen hat. (Vgl. INFORMATIONEN 3/82)

3.4 Preise

Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Monaten nur geringfügig verlangsamt. Von einer „Drei vor dem Komma“ der Inflationsrate, wie es noch im Frühjahr 1982 amtlich in Aussicht gestellt worden war, kann keine Rede sein.

Es zeigt sich erneut, daß die offiziellen Prognosen bezüglich der Preisentwicklung nicht ernst genommen werden dürfen: Sie haben das Ziel, die Tarifabschlüsse zu beeinflussen und können keinerlei „wissenschaftlichen“ Anspruch erheben.

Dies gilt auch für die Prognosen für 1983, die Preiserhöhungen zwischen vier (Sachverständigenrat) und 3,5 Prozent (Herbstgutachten) annehmen. Da allein die Mehrwertsteuererhöhung den Preisindex jah-

Lebenshaltung 1982¹

	Veränderung in % gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahr
Januar	+0,9	+6,3
Februar	+0,2	+5,8
März	+0,2	+5,2
April	+0,5	+5,0
Mai	+0,6	+5,3
Juni	+1,0	+5,8
Juli	+0,2	+5,6
August	−0,2	+5,1
September	+0,3	+4,9
Oktober	+0,3	+4,9

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1976

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

resdurchschnittlich mit 0,35 Prozent belastet, müßte die Inflationsrate demnach am Jahresende 1983 bei zwei Prozent liegen. Eine solche Erwartung widerspricht aber dem übrigen Teil der Prognosen, die ja schließlich von einer Konjunkturbelebung zur Jahresmitte ausgehen: Daß im Zuge einer wirtschaftlichen Belebung die Preise stabil bleiben, ist absolut unwahrscheinlich.

Ausgewählte Preisindizes 1982

	Industrie-preise		Landwirtschafts-preise		Import-preise		Großhandels-preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+1,3	+8,5	−0,4	+8,8	0,0	+9,5	+1,8	+10,0
Februar	+0,1	+7,7	−1,7	+7,2	+0,7	+4,6	−0,2	+ 8,4
März	0,0	+6,7	−0,1	+6,2	−0,5	+3,9	−0,2	+ 6,3
April	+0,5	+6,3	−0,6	+5,7	−0,1	+3,1	+0,5	+ 6,2
Mai	+0,3	+5,9	+0,2	+6,5	−1,0	+0,5	+1,1	+ 7,3
Juni	+0,6	+6,1	−0,4	+6,3	+0,6	−0,4	+0,6	+ 7,8
Juli	+0,4	+5,4	−0,6	+5,1	+0,8	−1,4	+0,2	+ 7,2
August	+0,1	+4,8	−0,1	+4,5	+0,6	−2,9	−1,3	+ 4,4
September	+0,2	+4,8	+0,5	+1,3	+1,1	−0,6	−0,2	+ 3,3

¹ In % gegenüber dem Vormonat

² In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die Rohstoffpreise – gemessen am Preisindex des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung – lagen im Oktober um 13 Prozent unter dem Vorjahresstand, bei Berücksichtigung der Rohölpreise immerhin noch um fünf Prozent. Die Rohölpreise sind 1982 immerhin um drei Prozent gesunken.

Für 1983 muß realistischerweise von einer Inflationsrate von etwa fünf Prozent ausgegangen werden, d. h., an der gegenwärtigen Situation wird sich nicht viel verändern. Dafür werden schon allein die staatlich administrierten Preise und Gebühren sorgen. Kommt es dagegen zu einer Stabilisierung der Weltkonjunktur und damit auch der Rohstoffpreise ist sogar mit einer Inflationsbelebung zu rechnen.

3.5 Aktionen der Arbeiterklasse

In den letzten Wochen ist es zu einer spürbaren Belebung gewerkschaftlicher Aktivitäten gekommen – Massendemonstrationen, Betriebsbesetzungen, Aktionen junger Arbeitsloser usw. Unter diesem Eindruck stehend muß der Blick auf die statistischen Angaben in der folgenden Tabelle sehr ernüchtern: Die Streikzahlen für das erste Halbjahr 1982, genauer: die Zahl der Streiktage liegt erheblich unter denen der Vorjahre.

Streiks 1979–1982

Jahr	Beteiligte	Verlorene Arbeitstage
1979	77 326	483 083
1980	45 159	128 386
1981	253 334	58 398
1982 (1. Hj.)	—	13 200

(Quelle: Berechnet nach Sta BA, Fachserie 1, Reihe 4.3, Streiks und Aussperrungen 1981, und OECD (Hrsg.), Main Economic Indicators, Paris, September 1982)

Dies ist sicherlich zum einen eine Folge der andauernden Massenarbeitslosigkeit, die die Angst um den eigenen Arbeitsplatz und damit die Konkurrenz unter den (noch) Beschäftigten erheblich vergrößert hat. Solchen Entsolidarisierungsprozessen kann nur wirksam entgegengewirkt werden durch eine Intensivierung gewerkschaftlicher Aktivitäten und vor allem durch eine stärkere politische Mobilisierung, wie sie ansatzweise im Vorjahr in der Metalltarifrunde während der „Neuen Beweglichkeit“ erreicht werden konnte. Die Tariffbewegung 1982 war hingegen deutlich geprägt durch Zurückhaltung der gewerkschaftlichen Führungsgruppen mit dem eindeutigen Bestreben, damit die krisengeschüttelte sozialliberale Koalition zu entlasten. Wie sich zeigte ohne Erfolg.

Aktionsbeteiligte 1981

Aktionsform	Demonstration Kundgebung	Warnstreik	Streik	Betriebsbesetzung	Insgesamt
Tarifauf-ein- andersetzung (3 000)* um Arbeits- plätze (33 200)* gegen Sozial- abbau (2 150)* Insgesamt (38 350)*	3 500 3 000 130 310 98 650 232 460	3 009 030 57 510 2 690 3 069 230	30 1 550 1 040 2 620	— 3 670 — 3 670	3 009 560 159 840 100 230 3 269 630

* Doppelzählung (bereits in Warnstreiks enthalten)

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen des IMSF)

Allerdings zeigen die Zahlen der bürgerlichen Statistik nur einen Bruchteil, nur bestimmte Aspekte der Realität. Aus der Tabelle geht z. B. nicht hervor, wofür gestreikt wurde, welche anderen Aktionsformen angewandt wurden. Die folgende Tabelle zeigt das korrigierte Bild der gewerkschaftlichen Aktionen 1981 auf der Grundlage eigener Erhebungen des IMSF und unter Verwendung der amtlichen Zahlen. Auffällig ist, daß neben der hohen Beteiligung an Warnstreiks vor allem die Aktionen gegen Arbeitsplatzabbau eine immer größere Rolle einnehmen. Eine weitere Tabelle schlüsselt dies nach Branchen und Aktionsformen auf. Betriebsbesetzungen sind eine inzwischen „eingeführte“ Kampfform geworden – eine Tendenz, die sich 1982 noch verstärkt fortgesetzt hat. Die FAZ wertet in einem Kommentar diese Entwicklung: „Es ist bedauerlich, aber es ist etwas Wahres daran: Wer in dieser Gesellschaft etwas erreichen, etwas bewegen will, hat am ehesten Erfolg, wenn er zu drastischen Mitteln greift.“ Die Werksbesetzungen „dokumentieren, daß der soziale Friede brüchiger geworden ist“ (FAZ v. 11. Mai 1982).

Teilnehmer an Aktionen für die Erhaltung bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze¹ 1981

Branche	Demonstration, Kundgebung	Warnstreik	Streik	Betriebsbesetzung	Insgesamt
Büro-maschinen (5 400) ²	10 650	12 600	—	—	17 850
Elektro-industrie	4 660	6 000	1 400	—	12 060
Metall (Rest) (2 600) ²	19 500	5 580	150	2 770	25 400
Stahl-industrie (25 200) ²	53 300	31 050	—	—	59 150
Chemie-industrie	500	—	—	840	1 340
Textilindustrie	27 900	—	—	—	27 900
Schulen	3 200	—	—	—	3 200
Stadtwerke	4 000	—	—	—	4 000
Fischerei	5 300	2 000	—	—	7 300
DGB	1 000	—	—	—	1 000
insgesamt	130 310 (33 200) ²	57 510	1 550	3 670	159 840

¹ Zahlen auf Zehner gerundet, inkl. einige kleinere Bereiche

² Doppelzählung (bereits in Warnstreiks enthalten)

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen des IMSF)

Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, daß Demonstrationen und Massenkundgebungen eine in allen gewerkschaftlichen Bereichen verbrei-

tete Aktionsform insbesondere gegen Arbeitsplatzvernichtung geworden sind. Vorwiegend in solchen Industrieregionen und -städten, in denen sich der Arbeitsplatzabbau meist in traditionellen Wirtschaftsbe-reichen zusammenballt, finden immer häufiger regionale Demonstrationen statt – so im Saarland oder in München, wo Mitte November fast 10 000 Menschen gegen die geplante Schließung der Agfa-Werke demonstrierten. Eine neue Qualität stellen ohne Zweifel die Herbstdemonstrationen des DGB gegen die staatliche Sozialdemontage dar. blieb 1982 die Stuttgarter Demonstration der 70 000 noch weitgehend eine Ausnahme, so leitete im Sommer dieses Jahres der DGB auf Druck zahlreicher lokaler und regionaler Gewerkschaftsgliederungen eine Kette von Massendemonstrationen ein. Durch den Regierungswechsel in Bonn erhielt diese Mobilisierung zusätzliche Impulse. Die Gesamtzahl von etwa 600 000 Demonstranten zeigt eine in der Geschichte des DGB herausragende Beteiligung, wobei die regionalen Schwerpunkte – insbesondere die 150 000 in Stuttgart – auf die unterschiedliche Qualität der Vorbereitung und Massenverankerung in den einzelnen Zentren hinweist.

Gewerkschaftliche Demonstrationen gegen Sozialabbau und Rüstungspolitik im Herbst 1982

Datum	Ort	Teilnehmer
9. September	Frankfurt	15 000 (im Zusammenhang der IGM-Frauenkonferenz)
23. Oktober	Dortmund	100 000
	Frankfurt	60 000
	Nürnberg	70 000
29. Oktober	Kiel	5 000
30. Oktober	Stuttgart	150 000
	Hannover	60 000
4. November	Bremen	30 000
6. November	Hamburg	90 000
	Saarbrücken	25 000

insgesamt ca. 605 000

Die in den letzten Monaten bekannt gewordenen Lohnforderungen in einigen kleineren Tarifbereichen (Papierherzeugung, Braunkohle u. a.) von etwa 6 Prozent bis 8,5 Prozent zeigen, daß eine – nicht zu erwartende – hundertprozentige Durchsetzung der unteren Forderungshöhe notwendig wäre, um den Abbau realer Löhne und Gehälter bei der derzeitigen Preissteigerungsrate und den steigenden Belastungen an Steuern und Sozialabgaben zu stoppen.

3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Zur Zeit nimmt die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft um mehr als 100 000 Arbeitskräfte im Vierteljahr ab. Vor allem im produzierenden Gewerbe, aber auch im Handel werden Arbeitsplätze rasch abgebaut. Nur noch im öffentlichen Dienst war in der Vergangenheit noch eine leichte Zunahme zu registrieren. Allerdings scheint auch dort zur Jahresmitte der Beschäftigungshöhepunkt überschritten zu sein, die Personalabbaumaßnahmen beginnen zu greifen.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe
1. Vj. 1981	22 323	8 629	1 533
1. Vj. 1982	22 012	8 361	1 420
2. Vj. 1982	21 906	8 294	1 397
3. Vj. 1982	21 800		

¹ In 1000, saisonbereinigte Angaben

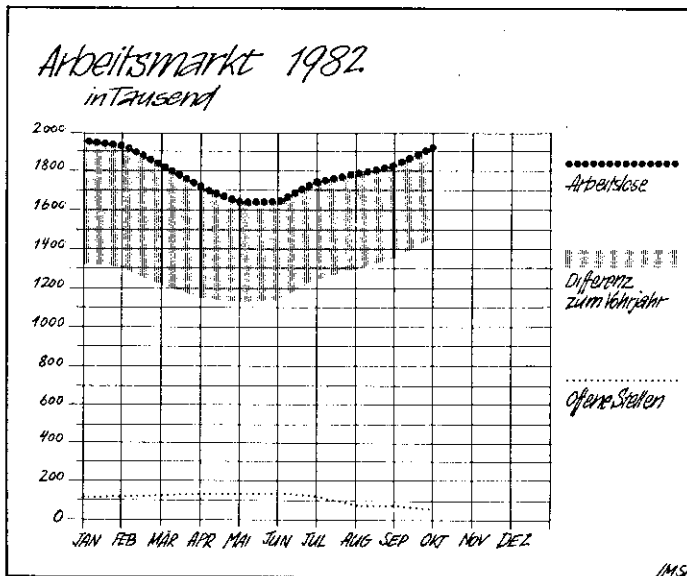
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 41/82, S. 513)

Schon im September stieg die registrierte Arbeitslosenziffer in saisonbereinigter Betrachtung auf über zwei Millionen. Für 1983 wird mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von etwa 2,3 Millionen gerechnet – wobei aber ein Konjunkturaufschwung zur Jahresmitte vorausgesetzt ist. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft, das etwas pessimistischer ist als der Sachverständigenrat und das „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute, erwartet zum Jahresende 1983 eine Zahl von fast drei Millionen registrierter Arbeitsloser. Voraussicht-

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1950	+641	539	+137	122	-106
Februar	1935	+635	587	+213	132	-107
März	1811	+601	551	+146	134	-113
April	1710	+564	491	+131	128	-115
Mai	1646	+536	455	+115	120	-122
Juni	1650	+524	429	+112	118	-118
Juli	1757	+511	337	+118	106	-113
August	1797	+508	326	+159	88	-108
September	1820	+564	583	+315	81	-95
Oktober	1920	+554	828	+461	70	-85

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



lich wird es schon in den Wintermonaten 1982/83 zu einem Anstieg nahe an die 2,5 Millionen kommen: Auch im letzten Winter stieg die Arbeitslosenziffer zwischen Oktober und Januar um fast 600 000 an.

Auf längere Sicht muß sich die Bundesrepublik – wenn die gegenwärtigen sozialen und politischen Kräfteverhältnisse unverändert bleiben – auf eine Arbeitslosigkeit von mindestens drei bis vier Millionen einstellen, eine Situation, die in verschiedener Hinsicht nur noch mit derjenigen der großen Weltwirtschaftskrise 1929/32 zu vergleichen ist.

Arbeitsmarktprognose¹

	1970	1975	1980	1982	1985 ²	1990 ²	1995 ²	2000 ²
Arbeitsplätze	26,6	25,3	25,7	25,0	25,1	24,6	24,3	24,0
Arbeitskräfte	26,7	26,8	27,2	27,6	28,2	28,9	28,6	27,9
Arbeitslose ³	0,1	1,5	1,5	2,6	3,1	4,3	4,3	3,9

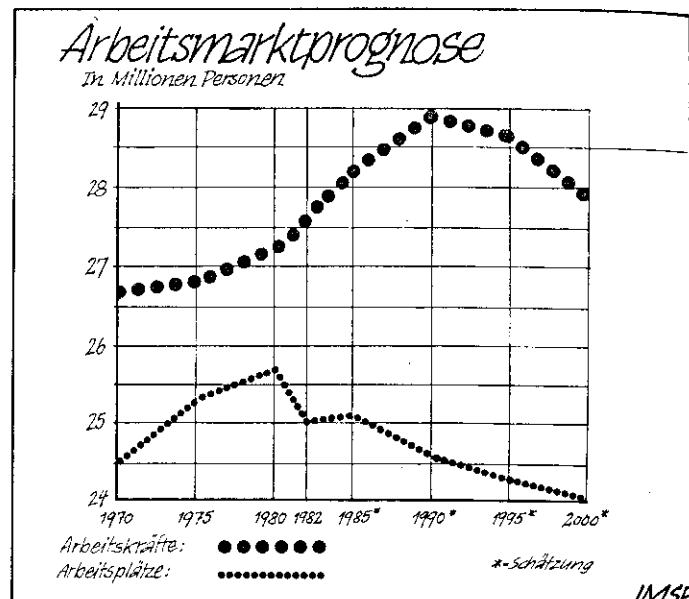
¹ Im Mill. Personen

² Schätzung, bei einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2 bis 2,5 Prozent, die Wachstumsrate 1970–1981 lag bei jahresdurchschnittlich 2,4 Prozent

³ Registrierte und „Stille Reserve“

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), eigene Berechnung)

Dabei setzt die längerfristige Vorausschätzung des IAB immer noch eine deutliche Wirtschaftsbelebung in den nächsten Jahren voraus, die in der Belebungsphase zu Wachstumsraten um vier Prozent führen müßte. Bleiben Stagnationstendenzen vorherrschend, so ist auch eine Ziffer von sechs Millionen – dies war der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise – nicht mehr außer Reichweite. Es muß berücksichtigt werden, daß schon eine Erhaltung der Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1982 und 1985 in den nächsten drei Jahren ein jährliches Wachstum von drei Prozent voraussetzt. Selbst wenn es Mitte 1983 zu dem nun erwarteten Aufschwung kommen sollte, würde dies bestenfalls ein Wachstum von einem Prozent im Jahresdurchschnitt bedeuten, die Zahl der Arbeitsplätze würde also um etwa 500 000 zurückgehen. 1984 und 1985 müßte also jeweils ein Wachstum von min-



destens vier Prozent erreicht werden – wobei erfahrungsgemäß in einer Belebungsphase die Arbeitsproduktivität besonders stark steigt, der positive Beschäftigungseffekt also geringer ist als im zyklischen Durchschnitt.

Kurzfristige Konjunkturankurbelungsmaßnahmen durch öffentliche Investitionsprogramme, Stärkung der Massenkaufkraft und Ausweitung der sozialen Leistungen sind nicht in der Lage – dies zeigt die Tabelle – die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Sie sind aber unabdingbar, soll es nicht in nächster Zukunft zu einer ausgesprochenen Katastrophe am Arbeitsmarkt kommen. Setzt sich die Wirtschaftskrise – gefördert durch die Wirtschaftspolitik des Sozialabbaus – auch im nächsten Jahr fort, so wird sich die Arbeitslosigkeit schon bis 1984 verdoppelt haben.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus, Elisabeth Bessau
Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 25. 11. 1982. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 180372, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustelgebühren enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustelgebühren.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.